

LANDWIRTSCHAFT

FREMDARBEITER

Die westdeutsche Landwirtschaft, die im Frühjahr einen Bedarf von 40 000 Landarbeitern anmeldete, hat mit den inzwischen angeworbenen italienischen Saisonarbeitern ihren Arbeitskräftemangel nicht beseitigen können. In Bayern sind etwa acht Prozent der Saisonarbeiter vor Beginn der Erntezeit wieder nach Italien zurückgereist, weil ihnen die Arbeitsbedingungen und der niedrige Landarbeiterlohn in Westdeutschland nicht beaghten. In der Gegend von Fulda streikten die Italiener, als sie vor vier Wochen erfuhren, daß ihre Gewerkschaft in Italien zu einem — inzwischen wieder beigelegten — Streik aufgerufen hatte.

INDUSTRIE

BETRIEBSSCHUTZ

Schwarze Listen

Die Personalchefs der westdeutschen Industriebetriebe werden in Zukunft bei fast jeder Neueinstellung von Arbeitern und Angestellten eine Sonderabteilung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) konsultieren müssen, die sich „Beratungsstelle für Betriebsschutz“ nennt.

Diese Betriebsschutz-Zentrale, die schon vor längerer Zeit unter Mitwirkung des CDU-Bundestagsabgeordneten und Generalstabs-Obersten außer Diensten Fritz Berendsen, 52, in aller Stille gegründet wurde, soll — in halbamtlicher Mission — die westdeutsche Industrie und vor allem Betriebe, die Rüstungsaufträge ausführen, vor Industriespionen schützen. Sie soll ferner die exponierten Schlüsselbetriebe von zwielichtigen Leuten säubern, die verdächtigt werden, Ostkontakte zu unterhalten.

Die Initiatoren der Betriebsschutz-Organisation gingen davon aus, daß die meisten Industriebetriebe angesichts des Arbeitskräftemangels schon seit geraumer Zeit bei der Einstellung neuer Arbeiter und Angestellten nicht sehr wählerisch sind. Eisher wurde im allgemeinen jeder Bewerber eingestellt, der sich im Personalbüro einer Industriefirma meldete. Die Betriebe waren froh, daß ihnen der Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone Arbeitskräfte lieferte; nach Herkunft und Vergangenheit wurde deshalb nicht lange gefragt.

Diese Sorglosigkeit richtete in einer Motorenfabrik an der Ruhr großen Schaden an. Der Personalchef des Betriebes war eines Morgens aus Bonn angerufen worden. „Hier spricht Ministerialdirektor Wagenknecht vom Bundeswirtschaftsministerium“, sagte eine Stimme am anderen Ende der Telephonleitung. „Ich komme mit einer Bitte zu Ihnen. Mein Neffe, ein begabter Ingenieur, mußte plötzlich aus der Sowjetzone flüchten. Vielleicht können Sie ihn in Ihrem Konstruktionsbüro gebrauchen. Darf ich morgen mit meinem Neffen bei Ihnen vorsprechen?“

Der Personalchef — geblendet von dem Titel „Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium“ — sagte zu. Am nächsten Morgen erschien jedoch nur der „Neffe“ des vermeintlichen Ministerialdirektors im Personalbüro und entschuldigte seinen „Onkel“, der wegen eines un-

vorhergesehenen Dienstauftrages nicht habe mitkommen können. Arglos stellte der Personalchef den jungen Mann zunächst als Hilfsarbeiter ein, bis eine Zeichnerstelle im Konstruktionsbüro frei wurde, das damals gerade einen Hochleistungs-Motor entwickelte.

Wenige Wochen nach seiner Versetzung in das Konstruktionsbüro war der strebsame junge Mann plötzlich verschwunden. Als der Personalchef im Bundeswirtschaftsministerium anrief, um den Ministerialdirektor Wagenknecht zu sprechen, be-



Betriebsschutz-Organisator Berendsen
Sperrzonen um Rüstungswerkstätten

dauerte man dort, einen solchen Ministerialdirektor nicht zu kennen.

Vor einigen Monaten entdeckten nun Abgesandte der westdeutschen Firma während der Leipziger Industrie-Messe auf dem Stand einer volkseigenen Maschinenfabrik einen mit viel Reklameaufwand angepriesenen Motor, der dem neu entwickelten Motor der Ruhrfirma bis auf den Anstrich gleich.

Die Abwehrzentrale des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sammelte inzwischen Dutzende solcher Beispiele, um nachlässige Industrielle davon zu überzeugen, daß die Industrie eines Abwehrapparates dringend bedürfe. In die Befehlszentrale dieses Apparates wurden zwei alte Fachleute der ehemaligen militärischen Abwehr berufen: ein 70jähriger Oberst außer Diensten und ein 61jähriger früherer Oberstleutnant.

Die beiden ehemaligen Abwehroffiziere richteten im ganzen Bundesgebiet Betriebsschutz-Filialen ein, die sich zur Zeit ganz besonders um die Betriebsgruppen der KPD kümmern. Vertrauensleute der Betriebsschützer haben erfahren, daß die Arbeiter-Korrespondenten der KP-Betriebsgruppen regelmäßig im Auftrag der Parteileitung sogenannte Betriebserfassungsbogen ausfüllen müssen. Auf diesen Fragebogen werden mit protokollarischer

Genauigkeit Belegschaftszahlen, Energie- und Materialverbrauch, Eingang neuer Aufträge und der genaue Stand ihrer Ausführung registriert.

Die Untersuchungsergebnisse der Betriebsschutzorganisation wurden dem Bundesverfassungsschutzamt und dem Bundesverteidigungsministerium mitgeteilt. Daraufhin verdichtete sich in Blanks' Zentrale und erst recht in den Nato-Stäben, die sich mit der westdeutschen Aufrüstung befassen, die Meinung, daß man bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen an die westdeutsche Industrie sehr vorsichtig verfahren müsse, soweit es sich nicht um harmlose öffentlich ausgeschriebene Artikel — wie Unterhosen oder Socken — handelt.

In Zusammenarbeit mit den Bundesverfassungsschützern arbeitete die Industriespionage-Abwehr einen ganzen Katalog von Sicherheitsmaßnahmen aus. Danach sollen alle Betriebsabteilungen der Industrierwerke, die geheime Rüstungsaufträge ausführen, zu sogenannten Sperrzonen erklärt werden. Die Belegschaft dieser Betriebe wird besonders gesiebt; die zuverlässigen Arbeiter und Angestellten erhalten Sonderausweise, die zum Betreten dieser Sperrzonen berechtigen. Arbeiter und Angestellte, die der Überprüfung nicht standhalten, sollen auf weniger wichtige Arbeitsplätze versetzt oder entlassen werden. Alle Industriebetriebe sollen einen eigenen Werkschutz formieren.

„Gefährliche Schnüffelei“

Die von der Industrie bezahlten ehemaligen Abwehroffiziere im Stab der Beratungsstelle für Betriebsschutz knobeln zur Zeit an einer „Schwarzen Liste“, in der die Namen aller Dunkelmänner und -frauen aufgeführt werden sollen, die schon einmal wegen Spionageverdachts aus einem Betrieb entlassen worden sind. Aber auch weniger eindeutig abgestempelte Personen, die im Verdacht stehen, Beziehungen zur SED oder zu anderen sowjetzonalen Organisationen zu unterhalten, werden in einer Sonderkartei erfaßt, die laufend ergänzt wird.

Die westdeutschen Industriellen wurden darauf hingewiesen, daß ihre Personalbüros bei Neueinstellungen stets in der Beratungsstelle für Betriebsschutz nachfragen sollen, ob der Bewerber in der „Schwarzen Liste“ oder in der Kartei der subversiven Leute steht. Betriebsinhaber, die sich in der Nato oder beim Bundesverteidigungsministerium um geheime Rüstungsaufträge bemühen, müssen den Nachweis erbringen, daß ihre Betriebe frei von Ost-Agenten, Industriespionen und zweifelhaften Elementen sind. Dafür muß sich — nach eifrigem Studium der „Schwarzen Liste“ — gründlicher Durchleuchtung der Betriebe — die Beratungsstelle für Betriebsschutz verbürgen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie hofft, daß er mit seinem Vorstoß in die Gefilde der Geheimdienste, den die Gewerkschaften als gefährliche Schnüffelei ablehnen, Schlimmeres verhüten kann. Viele Industrielle erinnern sich noch mit Schauern der Betriebsschutzpraxis des Dritten Reiches. Damals delegierte die Geheime Staatspolizei Abwehrbeauftragte in die Betriebe, die sich dort dann zu Diktatoren der Personalpolitik aufschwangen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie möchte den Betriebsschutz keineswegs wieder in die Hände des Staates fallen lassen. Aber auf dem Sektor der Rüstungsindustrie wird die staatliche Einmischung nicht ausbleiben. Die Bundesregierung hat sich ausbedungen, daß in Sonderfällen Sicherheitsorgane des Staates in die Betriebsüberwachung eingeschaltet werden.